

**Peter Richard reagiert auf den Artikel «Zuckerrüben: Anbau fördern» in der BIEL BIENNE-Ausgabe vom 2./3. März und den Leserbrief von Daniel Imthurn vom 9./10. März betreffend**

## Zuckerfabriken

Über die schweizerische Landwirtschaftspolitik lässt sich wahrlich kontrovers diskutieren. Die Aussagen von Daniel Imthurn werfen bei mir Fragen auf. Kritisiert er beispielsweise in seinem Teil 'Ökologie' den Transport der Zuckerrüben in der Schweiz wegen grossen Distanzen zu den Fabriken (Frauenfeld und Aarberg), so scheint das gleiche Argument bei seiner Begründung zum Konsum von regionalen Produkten keine Rolle zu spielen. Denn in diesem Fall – so seine Aussagen – werde raffinierter Zucker aus der Dritten Welt «ohne grossen Aufwand günstig über weite Strecken transportiert». Wenn ich an die grossen Frachter in den Weltmeeren denke oder die Lastwagen-Transporte durch ganz Europa, bin ich mir da nicht so sicher. Ich sehe die Sache etwas anders: Eine öffentlich einsehbare Studie beweist, dass der Schweizer Rübenzucker einen deutlich geringeren Umweltausdruck aufweist als der Zucker aus der EU. In der gesamten Produktionskette fallen beim Schweizer Zucker rund 30 Prozent weniger Umweltbelastungen an. Wenn man sich dann noch vor Augen führt, welche «Rundum-Verwertung» der Rüben in den Zuckerfabriken vorgenommen wird, wie das Herstellen von Ricoter-Gartenerde, Kalkdünger, Viehfutter, Melasse und ab diesem Herbst sogar Ethanol, dann ist für mich genau das der Inbegriff von nachhaltigem Handeln. Seit neustem liefert zudem ein hocheffizientes Holzheizkraftwerk in unmittelbarer Nähe der Zuckerfabrik in Aarberg entsprechend Wärme für die Zuckerproduktion, mit dem Effekt von massiver Einsparung von CO<sub>2</sub>. Es nutzt dabei Schweizer Altholz, das bisher exportiert wurde. Die Aarberger wissen das zu schätzen und wollen sich an ein geplantes Fernwärmenetz anschliessen. Mit der Zuckerproduktion in der Schweiz und all ihren vor- und nachgelagerten Be-

trieben erhalten wir weit über tausend Arbeitsplätze. Blicke noch das Argument der Landesversorgung. Klar, zur Produktion von Zuckerrüben braucht es Treibstoff, und der wird in der Regel vom Ausland eingeführt. Das gilt übrigens für alle täglichen Transporte in der Schweiz. Für Krisenzeiten hält der Bund aber ein Pflichtlager an Treibstoffen. Und dieses würde mit Sicherheit in erster Linie für die Ernährungssicherheit der Schweiz, sprich in der Landwirtschaft, eingesetzt. Ich jedenfalls möchte den Aarberger Zucker in meinem Kuchen und Kaffee nicht missen, auch wenn der Kaffee leider importiert werden muss.

**Peter Richard, Zuckerrübenproduzent, Aarberg**

## Christof Keller zu Agglolac

Die Bevölkerung hat zunehmend genug vom nicht endenden Wachstum in allen Bereichen mit Folgeschäden in der Natur. Ein Beispiel ist auch die Ablehnung des A5-Westastes. Zufriedene Menschen brauchen keine Veränderung. Agglolac bräuchte noch mehr Verkehr und Lärm, insbesondere Schwervertransporte während der langen Bauzeit. Immer mehr Quartierstrassen werden als Ausweg- und Durchgangsstrassen benutzt. Die paar Schikanen verlangsamten wohl den Verkehr, aber die Durchfahrten werden kaum eingeschränkt. Biel und Nidau sind schon heute mit dem Strassenverkehr überlastet. Für Agglolac fehlt schlicht die nötige Infrastruktur. Im Projekt wird auch der Schiffshafen bedeutend vergrössert, was noch zusätzlichen Verkehr auslöst. Schiffe gehören grundsätzlich nicht in ein Wohnquartier mit Flanierzonen bis zum See. Verdichtetes Bauen heisst auch verdichtet leben, somit auf Kosten der Lebensqualität. Wer es sich leisten konnte und immer noch leisten kann, hebt ab und wohnt im linken oder rechten Bielerseegebiet, möglichst in den eigenen vier Wänden an ruhiger Lage. Da kann man wohl Befürworter sein für Agglolac. Die generierten Steuereinnahmen durch die Bewohner in Agglolac werden dann u. a. für Kindergärten und Schulhäuser gebraucht. Somit wieder Verkehr und Lärm in der Bauphase.

**Christof Keller, Nidau**

**BIEL BIENNE-Lesende reagieren auf den Artikel «Ich will kein Koffer mehr sein» in der Ausgabe vom 16./17. März betreffend die drohende Ausschaffung von**

## Rebecca I

Eine traurige Geschichte, diese Frau hat Mut. Wenn jemand auf privater Ebene dieser Familie helfen will, finde ich das okay. Aber: Dies sollte keine Schule machen, denn es warten noch tausende weitere Roma in Europa auf Einlass in die Schweiz und auf unsere Sozialsysteme! «Wahr» ist: Alle Roma arbeiten fleissig und zahlen überall Steuern. Auch lassen sie nirgends Abfälle liegen und verschicken sogar Rosen auf der Strasse. – Nun ich hoffe, für diese Familie wird eine gute Lösung gefunden. Danach ist aber Schluss! Meine Sympathie hält sich jedenfalls in Grenzen.

**Helmi Wilson, Biel**

## Rebecca II

Wenn man diesen Beitrag gelesen hat, ist klar, dass die Peiniger von Rebecca des Landes verwiesen werden müssen, aber nicht sie! Frauen-verachtende und stehlende Roma-Clans brauchen wir nicht, aber einer Frau wie Rebecca mit ihren gut integrierten Kindern sollte man eine Chance geben und ihnen Asyl gewähren. Und wieso eigentlich Serbien? Sie ist dort doch gar nicht registriert.

**Jürgen Lehmann, Kallnach**

**Dr. med. Jérôme Tschudi reagiert auf den Bericht «Kostbares Nass in Gefahr?» in der BIEL BIENNE-Ausgabe vom 23./24. März betreffend das im Seeland durch das Pestizid Chlorothalonil belastete**

## Trinkwasser

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA hat Chlorothalonil 2017 der Kategorie 1B «kann Krebs verursachen» zugeteilt, womit dessen Abbauprodukte «relevant» sind und ein Grenzwert im Trinkwasser von 0,1 µg/l gilt. Die Schweiz hat 2020 Chlorothalonil verboten. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat 2019 die Abbauprodukte als «nicht relevant» beurteilt. Die Klage

Syngentas baute auf diesem Widerspruch auf und auf der Tatsache, dass die Behörden das Chlorothalonil und seine Abbauprodukte im Trinkwasser wiederholt als «ohne Gefahr für die Gesundheit» dargestellt haben. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Syngenta dadurch einen finanziellen Schaden erlitten hat. Die Initiative «für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will die Gesundheit der Bevölkerung und unsere Bauern schützen. Sie verbietet synthetische Pestizide zum Schutz von Gesundheit, Artenvielfalt und Klima. Das Importverbot von Nahrungsmitteln, die mit synthetischen Pestiziden hergestellt wurden, schützt die Landwirte vor unlauterem Wettbewerb.

Die «Trinkwasserinitiative» verlangt die Umsetzung der bestehenden Gesetze zum Gewässerschutz. Es sollen nur diejenigen Bauern Direktzahlungen erhalten, die auf Pestizide verzichten, keine Futtermittel importieren und ihre Tiere nicht vorbeugend mit Antibiotika versorgen. Die Initiativen sind nicht «extrem». Die Bevölkerung darf gesunde, pestizidfrei produzierte Nahrung und sauberes Trinkwasser verlangen. Die Landwirte sollen den Mehrwert erhalten. Das ist möglich, wenn unsere Steuergelder den Bauern zugutekommen und nicht zur Agrochemie und zu den Grossverteilern fliessen. Dadurch verteuern sich die Lebensmittelpreise nicht. «Nicht zielführend» ist der Aktionsplan 22+ des Bundesrates, der auf Freiwilligkeit beruht und vom Ständerat blockiert wurde. Pestizidfrei ist möglich, das beweisen ökologisch produzierende Landwirte jeden Tag.

**Dr. med. Jérôme Tschudi, Nidau**

**David Zaugg hat das Interview mit der Berner Kantonsärztin Linda Nartey in der BIEL BIENNE-Ausgabe vom 23./24. März gelesen und ist**

## Enttäuscht

Im Interview wird die Immunität von Genesenen derjenigen von Geimpften gegenübergestellt. Daraus ergeben sich in der Tat brennende Fragen! Doch jede Einzelne der Erklärungen der Kantonsärztin besteht aus enttäuschenden Aussagen,

wie «noch nicht sicher», «kann man noch nicht sagen», «noch keine verwertbaren Informationen», «bislang unklar». Die Antworten klären nichts bis sehr wenig. Kann es sein, dass man nach einem Jahr der Pandemie immer noch so wenig weiss? Und: Gab es nicht vor Covid-19 auch schon Schweine-, Vogel- und andere Grippe, die dem Corona-Virenstamm angehört? Auch die Neugier der geschätzten Journalisten lässt hier zu wünschen übrig. Falls ihm die Fragen doch zu wenig brennend waren, um etwas nachzuhaken, muss er wissen: Er tut es für eine interessierte Leserschaft! Die Folgefrage, die sich nun von selber stellt: «Was tut die Wissenschaft, wenn sie nicht durch Forschung Wissen schafft?» Lautet der Beschluss einfach, dass die Menschheit – gehauen oder gestochen – durchgeimpft werden soll?

**David Zaugg, Biel**

**Jost Rindlisbacher richtet sich an den ehemaligen Bieler SP-Stadtrat**

## Niklaus Baltzer

Sehr geehrter Herr Niklaus Baltzer, vor einigen Jahren sind von Biel nach Bern gezogen. So weit so gut. Seit Ihrem Umzug nach Bern fanden Sie es immer wieder nötig, aus der Ferne, in loser Folge in den Bieler Medien die Politik und die Bevölkerung von Biel zu kritisieren. Ja, die Katze lässt halt das Mäusen nicht. Dass der unansehnliche Bahnhofplatz, der Neumarktplatz und die Betonwüste Esplanade schrecklich und ein Armutszeugnis für diese Stadt sind, wissen wir Bieler schon längst selber gut genug, dazu brauchen wir Sie, Herr Niklaus Baltzer, nicht.

Dass auch das ehemalige Expo-Gelände seit nun bald 20 Jahren eine unansehnliche Steinwüste ist, ist der Nidauer und der Bieler Bevölkerung sehr wohl bewusst. Die Bieler Bevölkerung weiss aber, was sie will und was sie eben nicht will. Dank des Komitees «Westast so nicht!» – Biel wurde laut – und der Dialoggruppe wurde das absurde Projekt Westast versenkt. Sie werfen der Bieler Bevölkerung vor, immer wieder den Stinkefinger zu zeigen. Herr Niklaus Baltzer, informieren Sie sich zuerst richtig. Das Projekt Agglolac wurde nicht durch

## Mein Ärgernis der Woche Ma contrariété de la semaine



**Gilbert Hürsch**, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Biel-Seeland, ärgert sich über die Berichterstattung zu grossen Infrastruktur-Projekten / *directeur de la Chambre économique Biel-Seeland, est agacé par la couverture médiatique des grands projets d'infrastructure*

«Nach dem A5-Westast wurde auch Agglolac ‚versenkt‘. So in etwa lautete der Tenor in den Medien. Fakt ist, dass sich 90 Prozent der am Dialogprozess beteiligten Organisationen für die Realisierung einer Autobahnumfahrung ausgesprochen haben. Der Porttunnel soll vom Ausführungsprojekt übernommen werden. Die Abschreibung des Ausführungsprojektes bedeutet also nicht den Tod der Westumfahrung, sondern die Realisierung einer für alle Parteien sinnvollen Autobahnumfahrung. Folglich sollte nicht von Befürwortern und Gegnern, sondern von einer gemeinsamen partizipativ erarbeiteten Lösung gesprochen werden, die primär eines will: Die Region stärken! Der Steuerzahler hat eine Million Franken für den Prozess bezahlt. Die Bevölkerung verdient eine objektive Berichterstattung und weniger reisserische Headlines.»

«Après la branche Ouest de l'A5, Agglolac a également été sabordé. C'était plus ou moins la teneur des médias. Le fait est que 90% des organisations impliquées dans le processus de dialogue se sont prononcées en faveur de la réalisation d'un contournement autoroutier. Le tunnel de Port doit être repris du projet d'exécution. L'annulation de ce dernier ne signifie donc pas la mort du contournement Ouest, mais la réalisation d'un contournement autoroutier qui a du sens pour toutes les parties. Par conséquent, nous ne devrions pas parler de partisans et d'opposants, mais d'une solution participative élaborée conjointement et qui ne vise qu'une chose: renforcer la région! Le contribuable a payé un million de francs pour ce processus. La population mérite des reportages objectifs et des titres moins sensationnels.»

die Stimmbürger von Nidau und Biel verhindert. Sondern durch die Parlamente der beiden Städte. In Ehren, Herr Ex-Bieler SP-Stadtrat, schauen Sie doch zuerst bitte schön in Bern zum Rechten, bevor Sie sich ständig aus der Ferne in die Politik und die Entscheidungen der Bieler Stimmbürger einmischen.

**Jost Rindlisbacher, Biel**

## NEWS

### Grosser Rat: Verbot von Konversions-therapien gefordert.

In einer Interpellation zeigt sich die Bieler SP-Grossrätin Samantha Dunning darüber besorgt, dass es im Kanton Bern Therapien geben könnte, die darauf abzielen, dass Menschen ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität ändern. Fundamentalistische Kirchenkreise befürworten solche Praktiken, um beispielsweise Schwule oder Lesben zu «heilen» und so aus der «Sünde» zu führen. Einige Länder, darunter Deutschland und Österreich, haben solche Therapien bereits verboten, die Schweiz jedoch nicht. Aus diesen Gründen richtet die Parlamentarierin eine Reihe von Fragen an die Berner Regierung. Insbesondere fragt sie, «ob es im Kanton Bern Organisationen oder Personen gibt, die «Therapien» durchführen, die darauf abzielen, die sexuelle und emotionale Orientierung



**Samantha Dunning**

oder die Geschlechtsidentität einer Person zu verändern». Auf der anderen Seite möchte Dunning wissen, was der Kanton heute schon unternimmt, um solche Behandlungen zu verhindern. Sie möchte auch, dass die Exekutive sich beim Bundesrat dafür einsetzt, diese Konversionstherapien im ganzen Land zu verbieten. MH

### Interdire les thérapies de conversion.

Dans une interpellation qu'elle vient de déposer, la députée socialiste biennoise Samantha Dunning s'inquiète de l'éventuelle existence dans le canton de Berne de cette pratique visant à inciter des personnes à changer d'orientation sexuelle. Certains pays dont

l'Allemagne et l'Autriche ont déjà interdit de telles thérapies, mais pas la Suisse. Pour ces raisons, l'élue adresse une batterie de questions au Gouvernement bernois. Elle lui demande notamment «s'il a connaissance de l'existence d'organisations ou de personnes pratiquant des 'thérapies' visant à modifier l'orientation sexuelle et affective ou l'identité de genre d'une personne sur le territoire bernois». D'autre part, Samantha Dunning souhaite savoir ce que le Canton entend pour empêcher la pratique de tels traitements. Dans l'idéal, elle aimerait aussi que l'Exécutif intervienne auprès du Conseil fédéral pour interdire ces thérapies de conversion dans l'ensemble du pays. MH

**HINWEIS:**  
Da der Drucktermin auf Ostermontag fällt, erscheint am

**6./7. April 2021 (Woche 14)**

**KEIN BIEL BIENNE**

**Frohe Ostern  
Joyeuses Pâques!**

**AVERTISSEMENT!**  
Vu que la date d'impression échoit le lundi de Pâques

**PAS DE PARUTION de**

**BIEL BIENNE**

**les 6/7 avril 2021 (semaine 14)**